1. Klimaschutz als Lebensgrundlage

- a) **Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die aktuelle Gesetzgebung zum Klimaschutz in Bonn umgesetzt wird? Entspricht die Umsetzung Ihrer Meinung nach auch den Zielen des Pariser Klimaabkommens?**

Der Rat hat sich bereits 2019 dem Pariser Klimaschutzziel verpflichtet. Im Jahr 2023 hat die Koalition unter Führung der GRÜNEN Fraktion den Klimaplan 2035 verabschiedet, dem eine umfassende Bürger*innenbeteiligung vorausging („Bonn4Future“). Der Klimaplan ist ein umfassender Fahrplan mit rund 70 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 und Einhaltung des CO₂-Budgets des Pariser Abkommens. Im Jahr 2025 haben wir außerdem die Wärmeplanung für Bonn beschlossen und sind somit dem Wärmeplanungsgesetz voraus.

Das derzeitige Arbeitsprogramm Klimaschutz ist für die Jahre 2023-2025 ausgelegt. Eine Fortschreibung des Arbeitsprogramms 2026-2028 soll Anfang 2026 vorgelegt werden. Wir setzen uns aktiv für eine ambitionierte Fortschreibung ein und werden diese weiterhin konstruktiv begleiten.

- b) **Wie beurteilen Sie den Stand der Dinge im Klimaplan 2035 der Stadt Bonn?**

Wir beurteilen den Fortschritt als sehr gut – insbesondere im Bereich Photovoltaik-Ausbau und Wärmeplanung. Die Datenverfügbarkeit bedingt, dass kommunale THG-Bilanzen erst mit etwa zweijähriger Verzögerung zur Verfügung stehen. Diese können transparent über das Dashboard "Bonner Klimakompass" abgerufen werden. Der Vergleich zwischen den tatsächlichen Entwicklungen und den Zielwerten aus dem Klimaplan legt nahe, dass sich die Indikatoren zugunsten der Klimaschutzziele entwickeln, aber Maßnahmen zur Beschleunigung der Dynamik erforderlich sind. Der Fortschritt des Arbeitsprogramms Klimaschutz kann in den Jahresberichten nachverfolgt werden.

- c) **Welche Arbeitsgebiete in diesem Plan finden Sie besonders wichtig und wo sind Sie / ist Ihre Partei direkt aktiv?**

Der Klimaplan verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz mit 7 Handlungsfeldern: Governance, Gesellschaft, Wirtschaft, Gebäude, Energie, Mobilität und Kompensation. In den Bereichen Gebäude, Energie und Mobilität liegt ein besonders großer Hebel, um die Treibhausgas-Emissionen zu senken. Hier ist bereits viel passiert, mit Anreizen zur Sanierung (Förderprogramm energetische Gebäudesanierung), dem Ausbau von Photovoltaik (auf privaten Dächern durch ein entsprechendes Förderprogramm und auf städtischen durch Kooperation mit den Stadtwerken) und im Verkehrsbereich mit dem Ausbau des „Umweltverbundes“ (Nahverkehr, Fuß- und Radverkehr). Aber gleichzeitig kann Klimaschutz nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Deshalb ist es sehr wichtig, die lokale Bevölkerung und Unternehmen mitzunehmen und miteinzubeziehen. Hier sind die breite Bürger*innenbeteiligung (Klimaforen und Klimaviertel) sowie die Klimapartnerschaften mit der lokalen Wirtschaft zu nennen.

2. Gemeingüter als Lebensgrundlage

Gemeingüter wie Wasser, Grundnahrungsmittel, Wohnraum und Freiflächen sind Grundbedürfnisse der Menschen und müssen jedem Menschen zur Verfügung stehen. Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Gemeingüter grundsätzlich vor Spekulation, Privatisierung und Ausbeutung geschützt werden?

- a) **Welche Maßnahmen planen Sie in Ihrer Gemeinde, um dies zu unterstützen?**

- **Wasser:** Wir wollen einen flächendeckenden Zugang zu frischem Trinkwasser, indem wir Trinkwasserbrunnen auf öffentlichen Plätzen weiter ausbauen. Die Trinkwasserversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge, die auf jeden Fall wie auch andere Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben soll.
- **Grundnahrungsmittel:** Wir wollen Agrarflächen erhalten und die ökologische Landwirtschaft stärken, außerdem wollen wir den Bio-Anteil in der Gemeinschaftsverpflegung weiter erhöhen.
- **Wohnraum:** Wir haben einen Grundsatzbeschluss, dass städtische Flächen nicht verkauft, sondern in Erbpacht vergeben werden. Wir stehen für eine flächeneffiziente Innenentwicklung, um mehr Wohnraum zu schaffen. Dabei wollen wir im Idealfall auf bereits versiegelten Flächen bauen. Neubaugebiete sollen möglichst viele Wohneinheiten abbilden können. Wir haben das Bonner Baulandmodell verschärft, um einen größeren Anteil an preisgebundenen Wohnungen sicherzustellen. Außerdem wollen wir die städtische Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG stärken. Darüber hinaus haben wir einen Grundsatzbeschluss über städtische Gebäude auf den Weg in die Klimaneutralität gefasst.
- **Freiraum:** Wir haben einen Freiraumplan, eine Biodiversitätsstrategie und ein Klimaanpassungskonzept verabschiedet, welche in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Damit werden wir die blau-grüne Infrastruktur für alle Bonner*innen stärken. Neue grüne Erholungsgebiete, die entstehen werden, sind: Rheingärten (Bonner Norden), Beethovenpark (vor der Beethovenhalle), Stiftsplatz und Rheinufer (Innenstadt), Rheinufer sowie Renaturierung Ennert-Sportplatz (Beuel). Außerdem setzen wir auf eine klimafeste Gestaltung, wie beispielsweise bei der Umgestaltung des Bad Godesberger Zentrums.
- **Saubere Luft:** Durch eine konsequente Mobilitätswende und die Elektrifizierung des Verkehrs wollen wir auch in Zukunft die Luftqualität nachhaltig weiter verbessern. Im gleichen Zuge werden auch **Lärmemissionen** abgebaut.
- Wir investieren in **Bürger*innenbeteiligung**, damit die Interessen der Bürger*innen in alle städtischen Vorhaben einfließen können.
- Wir fördern **soziale Teilhabe** durch den Bonn-Ausweis: Wir haben die Leistungen erweitert (beispielsweise mit einem 19 Euro-Ticket für den Nahverkehr und kostenlosen Thermostaten und Balkonsolaranlagen) und die Zustellung unbürokratischer gestaltet.

b) **Wie denken Sie sind Ihre Eigenbetriebe diesbezüglich aufgestellt und wie möchten Sie im Falle von Verstößen gegen das "Gemeinwohl-Gebot" eingreifen?**

Die städtischen Eigenbetriebe sind dazu verpflichtet, ihre Geschäfte auf öffentliche Zwecke zu fokussieren. Sie sind durch den Public Corporate Governance Kodex klar am Gemeinwohl orientiert. Diese Selbstverpflichtung regelt per Ratsbeschluss Transparenz, Kontrolle und verantwortungsvolle Unternehmensführung. Die Stadt trägt über ihre Eigenbetriebe aktiv zum Gemeinwohl bei, z.B. über die Förderung und Vermarktung erneuerbarer Energien, die Elektrifizierung des Busverkehrs oder die Bereitstellung von Altenheimplätzen.

Bei Verstößen kann die Stadt als Gesellschafterin über Berichtswesen, Aufsichtsgremien und gezielte Maßnahmen eingreifen, um die Einhaltung des Gemeinwohl-Gebots sicherzustellen. Dafür setzen wir uns in aktiver Gremienarbeit ein.

c) **Welche Gemeingüter sind derzeit nicht unter öffentlicher Kontrolle und wie möchten Sie diesbezüglich eingreifen?**

Wir wollen in Bonn ein Pilotprojekt erproben, um über die städtischen Freiflächen hinaus auch Flächen in Privatbesitz für gemeinwohlorientierte Zwecke nutzen zu können. Dafür wird eine Machbarkeitsstudie zu einem Naturkapitalfonds durchgeführt. Private Investitionen in die ökologische Aufwertung von Flächen (z.B. in Bezug auf CO₂-Bindung, Wasserrückhalt und Artenvielfalt) sollen mit bis zu 100.000€ jährlich aus dem Bonner Klimaplan gefördert werden. So können finanzielle Anreize für Landeigentümer*innen entstehen, ihre Flächen im Sinne des Gemeinwohls einzusetzen.

Auch beim Thema Wohnen wollen wir die öffentliche Hand stärken, um für mehr bezahlbaren und preisgebundenen Wohnraum zu sorgen (s.o.). Leider dominieren insbesondere im Mietsektor private Interessen. Wir haben bereits einen Grundsatzbeschluss dazu gefasst, städtische Grundstücke nur noch in Erbpacht zu vergeben und das Bonner Baulandmodell geschärft, dass bei Neubauvorhaben (im Rahmen derer Planungsrecht geschaffen werden muss) mit über 20 Wohneinheiten mindestens 50 % geförderten Wohnraum vorsieht. Die BImA und den BLB dazu zu bringen, stärker in die Bestandsimmobilien zu investieren und daneben neuen, preisgebundenen Wohnraum zu schaffen ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen auch Bonner Firmen und auch die städtischen Tochtergesellschaften anregen, neue Betriebswohnungen zu bauen. Darüber hinaus wollen wir die städtische Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG stärken und unterstützen nicht-renditegetriebene Akteure wie Genossenschaften und Baugemeinschaften.

3. Messung von Wohlergehen und Lebensqualität

Um das Gesellschaftliche Ziel von einem "Guten Leben für alle" messbar zu machen, fordert die Gemeinwohl-Ökonomie ein Wohlfahrtsmaß (Gemeinwohl-Produkt) in Ergänzung zum BIP. Dieses misst das Wohlergehen in allen sozialen und ökologischen Bereichen der Gesellschaft. Auf lokaler Ebene gibt es bereits Pilotprojekte, die Indikatoren für ein Gemeinwohl-Produkt evaluieren (Gemeinwohl-Indizes).

a) **Unterstützen Sie, dass ein Gemeinwohl-Produkt ein Maßstab für Entscheidungen wird?**

Ja, den Ansatz des Gemeinwohl-Produktes unterstützen wir. In Bonn fördern wir beispielsweise durch den neu gegründeten *Nachhaltigkeitshub* gezielt Informationsveranstaltungen zur Gemeinwohl-Ökonomie für Unternehmen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Verbreitung ganzheitlicher Bewertungsmodelle, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe in den Mittelpunkt stellen.

b) **Werden Sie Verwaltungsvorschriften, die gemäß der Gemeinwohl-Indikatoren negative Wirkungen auf das Gemeinwohl haben, als Ratsmitglied ablehnen? Warum würden Sie sie ablehnen bzw. ihnen zustimmen?**

Ja, Verwaltungsvorschriften, die negative Auswirkungen auf das Gemeinwohl haben – etwa in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit oder demokratische Teilhabe – würden wir als Grüne Ratsmitglieder kritisch hinterfragen und nach Möglichkeit ablehnen.

Die Orientierung an Gemeinwohl-Indikatoren bietet eine wertvolle Entscheidungsgrundlage, um politische Maßnahmen ganzheitlich zu bewerten. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Entscheidungen nicht nur kurzfristige Effekte oder rein wirtschaftliche

Kennzahlen berücksichtigen, sondern sich am langfristigem gesellschaftlichen Nutzen ausrichten. Wir setzen uns immer im Dialog mit Expert*innen und Zivilgesellschaft für Lösungen ein, die positiv für das Gemeinwohl in unserer Stadt sind.

- c) **Auf lokaler Ebene könnten Faktoren des Gemeinwohl Produkts wie Ökologische Nachhaltigkeit, Einhalten der Menschenrechte, Teilhabe, Lebensqualität und Zufriedenheit aber auch die Beiträge zur Gesellschaft ermittelt werden. Wie stellen Sie sich Ermittlung und Auswirkungen daraus vor?**

Die Bundesstadt Bonn hat bereits im Jahr 2019 die erste kommunale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Diese Strategie ist Bonns Beitrag zur systematischen Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen. Außerdem hat die Bundesstadt Bonn in den Jahren 2022-2024 als Modellkommune am Projekt „Kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt“ teilgenommen. Unterstützt wurde sie dabei durch die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) in Kooperation mit der KPMG. Als maßgeblicher Bezugsrahmen dienen die Nachhaltigkeitsstrategie sowie weitere handlungsleitende Beschlüsse der Bundesstadt Bonn zur Hinwirkung auf Nachhaltigkeit. Auf diese Weise wird Nachhaltigkeit gesamtheitlich in die Planung und Steuerung der Stadt Bonn integriert, und es werden lokale Beiträge zur Umsetzung der SDGs und der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie geleistet. Erste Ziele lassen sich bereits in der digitalen Haushaltsplanung ablesen. Durch diese Aktivitäten wird das Gemeinwohl gestärkt und die Stadt kann als Modell für andere Städte und Kommunen dienen. Ein weiteres Vorbild ist das Beethoven-Haus, das als eine der ersten Kultureinrichtungen in Deutschland eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt hat. Der Prozess der Berichtserstellung nach den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie hat die Institution seit November 2021 in allen Abteilungen intensiv beschäftigt.

Durch diese systematischen Ansätze würden sich die Faktoren des Gemeinwohl Produktes vermutlich gut messen lassen, jedoch braucht es dafür mehr Erfahrungswerte und auch externe Unterstützung durch Expert*innen.

4. Vorteile für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen durch verbindliche Nachhaltigkeitsstandards wie die Gemeinwohl-Bilanz

Die Spielregeln im heutigen Wirtschaftssystem belohnen Unternehmen mit Preisvorteilen, wenn sie Kosten an die Umwelt und andere Menschen auslagern (externalisieren). Verantwortung lohnt sich wirtschaftlich kaum, Kostendrücken dafür umso mehr. Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) befürwortet ein Wirtschaftssystem, in dem alle wirtschaftliche Tätigkeit dem "guten Leben für alle" dient. Die Gemeinwohl-Bilanz (und vergleichbar verbindliche Nachhaltigkeitsstandards) machen messbar und vergleichbar, welchen sozialen und ökologischen Beitrag ein Akteur (z.B. Unternehmen, Kommune, Organisation) für die Gesellschaft leistet. Setzen Sie sich dafür ein,

- a) **dass alle Organisationen und Geschäftspartner der Stadt eine solche Bilanz erstellen müssen? Welche Maßnahmen würden Sie dafür ergreifen?**

Wir befürworten es, dass Unternehmen sich sozial und ökologisch aktiv für das allgemeine Wohl einsetzen. Formale Vorgaben zu Bilanzierung und Berichtspflichten können wir auf kommunaler Ebene nicht durchsetzen – hier zählen wir auf Bund und EU. Dennoch setzen wir

uns dafür ein, dass die Stadt in ihren Geschäftsbeziehungen eine Vorbildfunktion einnimmt und soziale und ökologische Standards an erster Stelle stehen.

Im Bereich von Bauprojekten haben wir beispielsweise eine Prüffragencheckliste im Rahmen einer nachhaltigen Bauleitplanung eingeführt, die auf den Sustainable Development Goals aufbaut.

- b) **die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Stadt- oder Gemeindeverwaltung auf Grundlage der nachgewiesenen Gemeinwohl-Wirkung eines Unternehmens z.B. durch die GWÖ-Bilanz erfolgt?**

In der Vergabe setzen wir auf Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Genaueres dazu unter 5.e).

- c) **die steuerliche Be-/ Entlastung von Unternehmen sowie insb. Subventionen von Unternehmen an das Ergebnis einer geprüften Gemeinwohl-Bilanz geknüpft werden - sofern rechtlich möglich?**

Unternehmen, die sich im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit engagieren, aktiv zu fördern ist, unser erklärtes Ziel. Dies geschieht zum Beispiel im Nachhaltigkeitshub oder durch die Klimapartnerschaften. Die Klimapartner der Stadt übernehmen Verantwortung, gestalten aktiv mit und zeigen: Zukunftsfähiges Wirtschaften beginnt vor Ort. Dafür erhalten sie kostenfreie fachliche Begleitung, Vernetzungsmöglichkeiten und Sichtbarkeit als Vorreiterunternehmen. Die Verpackungssteuer, deren Einführung für Bonn wir aktuell prüfen lassen, setzt zudem finanzielle Anreize für Unternehmen, sich stärker auf Nachhaltigkeit zu fokussieren.

5. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Das LkSG, das der Bundestag verabschiedet hat, ist an entscheidenden Stellen unzureichend. Stimmen Sie als Ratsmitglied für eine lokale Verbesserung der Beschaffungsregeln mit folgenden Forderungen:

- a) **Verpflichtung von Unternehmen durch entsprechende Ausgestaltung der Einkaufsregeln zur Sorgfalt entlang der gesamten Wertschöpfungskette um gleichauf mit den Anforderungen der [UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#) zu sein**

Bonn als UN-Standort nimmt eine Vorreiterrolle bei der Förderung der Einhaltung von Menschenrechten ein und geht in der kommunalen Beschaffung mit gutem Beispiel voran. Die städtische Auftragsvergabe ist durch Ratsbeschlüsse und die Vergabesatzung der Stadt Bonn auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Unternehmen müssen z.B. die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen nachweisen und wo möglich werden Nachweise über biologische Anbauweisen und faire Arbeitsbedingungen bei der Auftragsvergabe eingefordert oder besonders berücksichtigt.

- b) **Damit ein Lieferkettengesetz wirkt, muss es eine zivilrechtliche Haftung ermöglichen und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen im Ausland die Möglichkeit geben, vor deutschen Gerichten Schadensersatz von verantwortungslos handelnden Unternehmen einzuklagen**

Wir fordern, dass das Lieferkettengesetz eine zivilrechtliche Haftung bei Menschenrechtsverletzungen entlang internationaler Lieferketten beinhaltet. Obwohl die

Möglichkeiten auf lokaler Ebene begrenzt sind, stehen wir im Austausch mit global agierenden Bonner Unternehmen und haben zum Ziel, dass gerade von Bonner Akteur*innen gegen Menschenrechtsverletzungen aktiv vorgegangen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zivilbevölkerung im Rahmen städtischer Veranstaltungen über globale Lieferketten informiert wird, zivilgesellschaftliche Initiativen mit dem Fokus auf der Agenda 2030 durch Fördermittel finanziell unterstützt werden und auch die Wirtschaftsförderung der Stadt Bonn sich aktiv auf die SDGs (insb. Ziel 8 und Ziel 12) ausrichtet.

c) **Wie wird derzeit in Ihrem Zuständigkeitsbereich für die Einhaltung des Lieferkettengesetzes gesorgt?**

Die Vorgaben an die eigene Organisation der Stadt, wie z. B. die Einrichtung einer Meldestelle, wurden umgesetzt. Unternehmen, zu denen rechtliche Verstöße im Vergaberegister verzeichnet sind, sind von Einkäufen der Stadt Bonn ausgeschlossen. Soziale und ökologische Standards sollen in der Vergabe städtischer Aufträge stets berücksichtigt werden - ob bei der Einsatzbekleidung für die Feuerwehr, Büromaterialien oder IT-Produkten.

Seit dem 01.01.2024 gilt das LkSG für Unternehmen, die ihre Hauptverwaltung, Hauptniederlassung, Verwaltungssitz, satzungsmäßigen Sitz oder eine Zweigniederlassung in Deutschland haben und in der Regel mindestens 1.000 Arbeitnehmer im Inland beschäftigen. Somit gilt das Gesetz seit letztem Jahr auch für Teile des „Konzern Stadt Bonn“, wie bspw. die Stadtwerke Bonn GmbH.

Durch die BAFA wurde die Frist zur ersten Einreichung des Risikoberichtes bis zum 31.12.2025 verlängert, die Risikoanalyse der Stadtwerke Bonn GmbH für das Jahr 2024 wurde bereits durchgeführt. Im Bereich Einkauf und Logistik haben die Stadtwerke zur Umsetzung des LkSG eine entsprechende Software eingeführt. Dafür sind alle aktiven Lieferanten auf eine Plattform überführt worden und haben eine abstrakte Risikobetrachtung bzgl. Land und Branche durchlaufen. Zudem wurden alle wichtigen Lieferanten zur Ausfüllung der LkSG-relevanten Assessments eingeladen und bei vorhandener Notwendigkeit und Einflussmöglichkeit wurden präventive Maßnahmen dokumentiert.

d) **Sind die Zuständigkeiten klar geregelt / wer ist zuständig?**

Bei der Stadt ist das Referat Vergabedienste zuständig. Entscheidungen zu Vergaben der Stadt Bonn werden im Ausschuss für Finanzen, Beteiligung und Vergabe getroffen. Im entsprechenden Facharbeitskreis bereiten wir diese Entscheidungen vor, wobei besonders der*die Grüne vergabepolitische Sprecher*in ein Auge auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards hat.

e) **Gibt es klare Beschaffungsregeln und welchen Einfluss nehmen Sie auf diese?**

Ja, die Stadt Bonn verfügt über klare und verbindliche Beschaffungsregeln, die in ihrer Vergabeordnung festgelegt sind. Diese regelt die rechtssichere und transparente Vergabe von Aufträgen in der kommunalen Verwaltung. Darüber hinaus nehmen wir aktiv Einfluss auf die Ausrichtung der Beschaffung: Als bundesweite Vorreiter-Kommune im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung verfolgen wir in Bonn das Ziel, wirtschaftliches Handeln mit ökologischer und sozialer Verantwortung zu verbinden. Die Vergabedienstanweisung der Stadt Bonn ist als ein Praxisbeispiel auf dem Kompass-Nachhaltigkeit geführt. Dies zeigt sich unter anderem in Bereichen wie dem ressourcenschonenden und nachhaltigen Bauen, einem klimaneutralen städtischen Fuhrpark

sowie dem Einkauf von Arbeitskleidung, die unter sozialen und ökologischen Standards produziert wurde. Wir unterstützen die kontinuierliche Weiterentwicklung entsprechender Kriterien. Künftig sollen noch mehr Produktgruppen und Dienstleistungen nach diesen Maßgaben beschafft werden.